Menschenrechtsverletzungen

Uganda: Im August 2001 vertrieb die ugandische Regierung auf brutale Weise 392 Bauernfamilien, mehr als 2000 Personen, von ihrem Land in Mubende, der Preis dafür, billiger Kaffee für Deutschland.
Das Land wurde der deutschen Kaffee Gruppe Neumann zur Verfügung gestellt, um für ihre lokale Tochtergesellschaft Kaweri Coffee Plantation Ltd. eine Kaffeeplantage anzulegen. Die Häuser der Bauernfamilien wurden niedergerissen, ihr Eigentum zerstört, Grundnahrungsmittel wie Cassava und Kartoffeln beschlagnahmt und die Menschen in den nahegelegenen Wald gejagt. Manche von ihnen sind während der Vertreibung zusammengeschlagen worden, fünf Personen starben an den unmittelbaren Folgen. Die Opfer erhielten bis heute keine Entschädigungen für das verlorene Land und auch keine soziale Unterstützung.

Vertreibung und Ausbeutung bei der Arbeit bedrohen das Recht auf Nahrung von Landarbeitern.
Nach der Vertreibung wurden einige Bauern auf der Kaffeeplantage als Gelegenheitsarbeiter ausgebeutet. Die Löhne sind so gering, dass sie sich und ihre Familien nicht ausreichend ernähren können. Sie müssen dies erdulden, denn das Land, von dem sie sich ursprünglich gut ernähren konnten, wurde ihnen auf brutale Weise geraubt. Die Menschen leiden an schlimmen Darmerkrankungen, weil die einzige Pumpe, die sauberes Wasser spendet, auf dem Gelände der Kaffeeplantage liegt. So müssen sie weite Wege zurücklegen, um von einem ungeschützten Brunnen Wasser zu holen. Außerdem konnten die Kinder ein Jahr lang nicht zur Schule gehen, da die neuen Besitzer das Schulgebäude beschlagnahmt hatten, um es als ihr Hauptquartier zu verwenden.

Seit 13 Jahren kämpfen die Vertriebenen für ihr Recht auf Entschädigung.
Schon 2002 zeigten die Vertriebenen die Kaweri Plantage und die ugandische Regierung an, um ihr Recht auf Entschädigung durchzusetzen. Die Neumann Gruppe hat bis heute einen gerechten Prozess verhindert, so auch am 13. Februar 2013. Es erschienen vor Gericht nur die Anwälte und Vertreter der Vertriebenen, aber keine Vertreter der Neumann Gruppe und der Kaweri Plantage, auch nicht der Staatsanwalt. Die Neumann Kaffee Gruppe leugnet nach wie vor jede Verantwortung, dafür sei der Staat zuständig.

Die Pflichten der Staaten für die Einhaltung der Menschenrechte für seine Unternehmen im Ausland gelten auch für Deutschland.
So fordert der UN – Menschenrechtsrat Deutschland im Fall der Neumann Gruppe, auf „dass alle Wirtschaftsunternehmen, die ihren Sitz oder Gerichtsstand in Deutschland haben, die Menschenrechte respektieren müssen.“ Mit verschiedenen Eilaktionen hat FIAN gegen das Unrecht an den Vertriebenen in Uganda protestiert.
(Quellen: FIAN Deutschland www.fian.de)

Autor: Hildegard Huber